

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die 10 geteilte Millimeterzeile über deren Raum 10 Reichspfennig Stellen- und Wohnungsgeschäft, Familiennachrichten, Verträge und Besondereangelegenheiten 2 Reichspfennig. — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Kleinanzeigen: Die geteilte Millimeterzeile über deren Raum im Tag 20 Reichspfennig.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 erworden).

Verlagspreis: Der Abonnent hat abzugeben: Einmalig 20 Reichspfennig (diesem hat bei jeder Bestellung 2 Reichspfennig zuzufügen) — Halbjährlich 1 Reichspfennig — Vierteljährlich 50 Reichspfennig. — Redaktion und Geschäftsstelle: Straße 10, Postfach 244, Breslau.

7. Jahrgang.

Mittwoch, den 1. Juli 1925

Nummer 145

Der Kampf von Max Hoelz — unser Kampf Amnestie! Amnestie!

Max Hoelz hat seinen Kampf gegen das sechsstaufendfache Justizverbrechen wieder aufgenommen. Zur Stunde, da wir dieses schreiben, sitzt er völlig abgeschnitten von der Außenwelt in der sogenannten Tozelle, einer Marterhöhle, die seinen Widerstand gegen die über ihn verhängten „Strafmahnahmen“ brechen soll. In seinem Mitternachts Buchstagenbuch kann jeder nachlesen, mit welchen Foltermethoden die Kerkerherren unsere inhaftierten Kameraden in die Knie zwingen wollen. Entzug der Kleidung, des Nachtlagers, körperliche Mißhandlungen, das ist nur ein Ausschnitt der infamen Zwangsmittel der arbeitslosen Justiz.

Und doch ist Max Hoelz ungebrochen! Nach vierjähriger Zuchthausqual findet er noch genug innere revolutionäre Kraft sich gegen Schikanen und Quälereien zur Wehr zu setzen. Er kämpft, obwohl die ihn mit unverhältnißlichem Maß verfolgende Justiz durch Verhaftung seiner Frau und seiner beiden treuesten Helfer ihm einen schweren Schlag zufügte. Trotzdem tritt er in Obstruktionskampf, um seinen Helfern zu zeigen, daß er noch der alte Kämpfer aus dem roten Mitteldeutschland, noch der mutige Revolutionär aus dem Moabit-Sondergerichtslokal ist.

Dieses Verhalten anderer tapferer Kameraden und Genossen ist eine Mahnung auch für den letzten Arbeiter. Seit Monaten, seit Jahren geht der Kampf des deutschen Proletariats um die Amnestie. Nach den Mitteilungen des letzten Reichstages der Roten Hilfe sitzen noch immer 6000 Arbeiter wegen politischer Vergehen hinter Gittern. Trotz zahlreicher Amnestieverprechen, zuletzt noch beim Amtsantritt Hindenburgs, ist nichts geschehen, um das Justizverbrechen, das an ihnen begangen wurde, wieder gutzumachen. Für den Kampf um die Amnestierung dieser 6000 Opfer der Klassenjustiz ist das tapferste Ringen des Genossen Hoelz eine Mahnung, nicht nachzulassen, nicht zu ermüden, nicht zu vergessen. Kann es einen deutschen Arbeiter geben, der weiß, was es bedeutet, gefangen zu sein, der vielleicht selber Wochen oder Monate die Qual des Gefangenenseins von Weib und Kameraden erlebt hat, der nun hört, daß hier ein Revolutionär nach Jahren dieser Marter ungebrochen ist und der sich nun von ihm beschämen lassen wollte? Wir glauben es nicht. Wir glauben, daß der heldenmütige Kampf um die Amnestie der Klassenjustiz zahlreiche deutsche Arbeiter aufwachen, sie zwingen wird, sich in die Kampffront für die Amnestie einzureihen.

Wie soll dieser Kampf geführt werden? Nicht allein mit den bisherigen Mitteln der Propaganda in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen. Diesmal hat das Zentralkomitee der Roten Hilfe einen Weg gewählt, um den Regierungsorganen den klaren und eindeutigen Willen der Volksmassen zur Amnestie unwiderleglich vorweisen zu können. Sie hat die Aktion des Volksentscheids für die Vollamnestie eingeleitet. Im ganzen Reich werden auf ihren Listen Unterschriften gesammelt, die der Regierung zeigen sollen, wie gewaltig der Massensturm ist, der heute die Amnestierung der 6000 Inhaftierten fordert.

Wir hier in Schlesien haben leider bisher im letzten Gliede in dieser Amnestieaktion gestanden. Obwohl wir, wie auch die letzten Amnestienummer unserer Zeitung nachwies, gerade hier in Schlesien zahlreiche politische Gefangene aufzuweisen haben. Befürchtet die letzten Tage haben wieder eine Reihe neuer Verhaftungen gebracht, die uns beweisen, daß die Klassenjustiz in Schlesien, im Verein mit den reaktionären Polizeiorganen in ihrer Arbeiterhaß nicht ermüdet. Deshalb muß es auch hier in Schlesien ein Ende haben mit der Laubheit gegenüber der Amnestieforderung der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Der heldenmütige Kampf unseres Kameraden Max Hoelz soll uns Mahnung und Aufmunterung sein. Max Hoelz ruft! Wir müssen ihm folgen auf dem Weg des Kampfes! Sein Beispiel kann uns Mut und Kraft zum Sturm gegen die Verbrechen der Klassenjustiz geben.

Wer wollte seinen kämpfenden Klassen-genossen hinter den Zuchthausgittern im Stich lassen?

Es bleibt beim Aufwertungsbeitrag!

Der 25prozentige Aufwertungsbeitrag im Aufwertungsausschuß angenommen

(Eigene Drahtberichte.)

Berlin, 1. Juli.

Am gestrigen Dienstag fand die zweite Sitzung des Aufwertungsausschußes im Aufwertungsausschuß im Reichstag statt. Die Regierungsparteien hatten einen neuen Kompromißantrag zur Aufwertungsfrage vorgelegt. Dieser Kompromißantrag gibt u. a. dem Schuldner das Recht, eine zehnprozentige Herabsetzung der Aufwertungssumme zu verlangen, wenn seine wirtschaftliche Lage dies erfordert. Restloszahlung sollen nur dann aufgewertet werden, wenn es sich um Gesellschaftsverträge, Güterüberlassungsverträge oder Kaufverträge vom Grundstücksverkauf handelt. Im übrigen steht die Regierungsvorlage einem Aufwertungsbeitrag von 25 Prozent vor.

Für die Kommunistische Partei sprach Genosse Korff. Nachdem er im allgemeinen den an den Aufwertungsgläubigern begangenen Betrug der Regierungsparteien gebrandmarkt hatte, ging er auf den Kompromißvorschlag der Regierungsparteien ein, der praktisch eine ganz neue Vorlage bedeute.

In der Abstimmung wurden die Vorschläge der Regierungsparteien angenommen. Sämtliche Änderungsanträge des Aufwertungsführers Dr. Best sowie der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei wurden abgelehnt.

Der Betrug an den Aufwertungsgläubigern ist damit auch in zweiter Lesung sanktioniert!

Dr. Best hält seine Korruptionsanschuldigungen aufrecht!

(Eigener Bericht.)

Berlin, 1. Juli.

Der ehemalige deutschnationale Abgeordnete Dr. Best, der Führer der Aufwertungsverbände, hat bekanntlich gegen die deutschnationalen Abgeordneten Oberfahren, Dr. Rademacher, Freiherr v. Richthofen und den Zentrumsabgeordneten Dr. Scheller den Vorwurf der persönlichen Korruption in Aufwertungsangelegenheiten erhoben. Wie er jetzt erklärt, hält er trotz ihrer Ablehnungen seine Behauptungen aufrecht und wird gegen die „Kreuzzeitung“, die ihn wegen seines Verhaltens angriff, strafrechtlich vorgehen.

Vom Tage

Gelegentlich der Gründung einer Ortsgruppe des Stahlhelmbundes in Dortmund kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Stahlhelmlisten einerseits und Kommunisten und Reichsbannerleuten andererseits. Die Stahlhelmlisten wurden in die Flucht geschlagen.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni auf 139,3, gegen 135,5 im Vormonat. Der Index hat sich nach um 2,1 v. S. erhöht.

Im preussischen Landtag sprach Genosse Jendrowski über die Notlage der obereschlesischen Arbeiter.

Zum Stellvertreter des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft, Oser, wurde in die Stellung des Reichsbahndirektionspräsidenten der Direktor der Reichsbahn a. D. Dornmüller eingesetzt.

Der belgische Metallarbeiterstreik ist heute allgemein. Die Zahl der Streikenden ist auf über 60 000 angewachsen.

Sieil Raib, der Führer des Kredenausstades und weitere 46 Russländer wurden gestern morgen um 2 Uhr in Gegenwart von einigen Tausend Zirkularen angehängt.

gehen. Weiter habe er beim Reichstag beantragt, für die Abgeordneten Oberfahren und Dr. Rademacher die Verurteilung zur strafrechtlichen Verfolgung nachzulassen.

Die Entwürfe des Dr. Best werden auch von der sozialdemokratischen Partei zum Anlaß genommen, über die Korruption der deutschnationalen zu schreiben. Sie wollen nicht vergessen machen, daß noch vor wenigen Wochen die Herabsetzung der Aufwertungssumme die jetzt erfolgte Wiederaufnahme des verurteilten ehemaligen Reichstageskommissars Maxer seien, daß die Sozialdemokraten am allerwenigsten Anlaß haben, sich über die Korruption — der Arbeiter zu entrüsten.

Im Kampf gegen die Wucherzölle Ein kommunistischer Antrag im Landtag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 1. Juli.

Die kommunistische Fraktion stellte im Landtag folgenden Antrag:

„Im Reichsrat am 18. Juni stimmten die Vertreter Preussens mit Ausnahme Berlins, für die Zollvorlage. Die Mehrheit der preussischen Vertreter hat somit ihren den Brotwucher unterstützt. Dies ist um so schlimmer für ein Land wie Preußen, in dem große Massen nicht einmal so viel verdienen, um sich kümmerlich ernähren zu können.“

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag mißbilligt die Abstimmung der Mehrheit der preussischen Vertreter für die Zollpläne, da diese das Lebensinteresse des preussischen Volkes gefährdet.
2. Das Staatsministerium wird beauftragt, die preussischen Stimmen des Staatsministeriums anzuweisen die übrigen preussischen Stimmen zu erhöhen, bei künftigen Abstimmungen im Reichsrat alle Vorlagen abzulehnen, die gegen das Interesse der werktätigen Bevölkerung verstoßen.“

Sozialdemokraten fürchten kommunistische Redner

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 1. Juli.

Die SPD. und der ADGB. hatten in den letzten Tagen in öffentlichen Versammlungen zum Zollkampf Stellung genommen. Die kommunistischen Redner wurden in diesen Versammlungen am Sprechen verhindert. In Neu-Röhm wo Wels sprach, kam es zu heftigen Zusammenstößen, da das Reichsbanner sofort losprang, als Genosse Hillen sprechen wollte. Crispian hielt eine Rede gegen Sozial-Rußland. Genossin Ruth Fischer meldete sich daraufhin zum Wort, es wurde ihr aber verweigert. Am Schluß der Versammlung gab es erneut Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und Arbeitern.

Neue Verhandlungen über die Preußenregierung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 1. Juli.

Der Bericht der „Post-Ztg.“ haben im preussischen Landtag am Montag erneute Verhandlungen zur Bildung einer Regierung der „Volksgemeinschaft“ stattgefunden. Das Zentrum wolle mit aller Energie die Umbildung des Reichstags durch beschleunigen. Die deutschnationalen haben sich bereit erklärt, ebenfalls in ein Kabinett hineinzugehen in dem auch die SPD. vertreten ist.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 P.

Abgabepreis: Die 10 gepulverten Arbeiterzeitschriften über den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland und die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern. Preis 10 Reichsmark. Bestellungen an die Redaktion, Berlin, oder an die Verlagsanstalten in den verschiedenen Ländern. — Die 10 gepulverten Arbeiterzeitschriften über den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland und die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern. Preis 10 Reichsmark. Bestellungen an die Redaktion, Berlin, oder an die Verlagsanstalten in den verschiedenen Ländern.

Organ der SPD, Bezirk Schlesien
Begründet von Bernhard Schottländer (Marz 1920 ermordet)

Bezugspreis: Die 10 gepulverten Arbeiterzeitschriften über den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland und die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern. Preis 10 Reichsmark. Bestellungen an die Redaktion, Berlin, oder an die Verlagsanstalten in den verschiedenen Ländern.

7. Jahrgang Mittwoch, den 1. Juli 1925 Nummer 14

Der Kampf von Max Hoelz — unser Kampf Amnestie! Amnestie!

Breslau, 1. Juli.
Max Hoelz hat seinen Kampf gegen das festsitzende Justizverbrechen wieder aufgenommen. Die Stunden, die wir dieses Schreiben für er völlig abgeschnitten von der Außenwelt in der sogenannten Tothzelle, einer Marterhöhle, die seinen Widerstand gegen die über ihn verhängten „Strafmaßnahmen“ brechen soll. In seinem Märtyreren Buchtaustauschbuch kann jeder nachlesen, mit welchen Foltermethoden die Kerkerherren unsere inhaftierten Kameraden in die Arme zwingen wollen. Entzug der Kleidung, des Nachtlagers, körperliche Mißhandlungen, das ist mit ein Ausschnitt der trübsamen Zwangsmittel der christlichen Justiz.

Und doch ist Max Hoelz ungedrückt!
Nach vierjähriger Buchtaustauschqual findet er noch genug innere revolutionäre Kraft sich gegen Schikanen und Quälereien zur Wehr zu setzen. Er kämpft, obwohl die ihn mit unerhörlichem Haß verfolgende Justiz durch Verhaftung seiner Frau und seiner beiden treuesten Helfer ihm einen schweren Schlag zufügte. Trotzdem tritt er in Obstruktionskampf, um seinen Senkern zu zeigen, daß er noch der alte Kämpfer aus dem roten Mitteldeutschland, noch der mutige Revolutionär aus dem Moabiter Sondergerichtslokal ist.

Dieses Verhalten unseres tapferen Kameraden und Genossen ist eine Mahnung, auch für den letzten Arbeiter. Seit Monaten, seit Jahren geht der Kampf des deutschen Proletariats um die Amnestie. Nach den Mitteilungen des letzten Reichstages der Roten Hilfe sitzen noch immer 6000 Arbeiter wegen politischer Vergehen hinter Eisengittern. Trotz zahlreicher Amnestieversprechen, zuletzt noch beim Amtsantritt Hindenburgs, ist nichts geschehen, um das Justizunrecht, das an ihnen begangen wurde, wieder gutzumachen. Für den Kampf um die Amnestierung dieser 6000 Opfer der Klassenjustiz ist das tapferste Ringen des Genossen Hoelz eine Mahnung, nicht nachzulassen, nicht zu ermüden, nicht zu vergessen. Kann es einen deutschen Arbeiter geben, der weiß, was es bedeutet, gefangen zu sein, der vielleicht selber Wochen oder Monate die Qual des Getrenntseins von Weib und Kameraden erlebt hat, der nun hört, daß hier ein Revolutionär nach Jahren dieser Marter ungedrückt ist und der sich nun von ihm beschämen lassen wollte? Wir glauben es nicht. Wir glauben, daß der heldenmütige Kampf aus der Kesselschauer Marterzelle zahlreiche deutsche Arbeiter aufweden, sie zwingen wird, sich in die Kampffront für die Amnestie einzureihen.

Wie soll dieser Kampf geführt werden?
Nicht allein mit den bisherigen Mitteln der Propaganda in Gewerkschafts- und Belegschaftsversammlungen. Diesmal hat das Zentralkomitee der Roten Hilfe einen Weg gewählt, um den Regierungsorganen den klaren und eindeutigen Willen der Volksmassen zur Amnestie unwiderleglich vorweisen zu können. Sie hat die Aktion des Volksentscheids für die Vollamnestie eingeleitet. Im ganzen Reich werden auf ihren Listen Unterschriften gesammelt, die der Regierung zeigen sollen, wie gewaltig der Massensturm ist, der heute die Amnestierung der 6000 Inhaftierten fordert.

Wir hier in Schlesien haben leider bisher im letzten Gliede in dieser Amnestieaktion gestanden. Obwohl wir, wie auch die letzten Amnestienummer unserer Zeitung nachwies, gerade hier in Schlesien zahlreiche politische Gefangene aufzuweisen haben. Besonders die letzten Tage haben wieder eine Reihe neuer Verhaftungen gebracht, die uns beweisen, daß die Klassenjustiz in Schlesien, im Verein mit den reaktionären Volksorganen in ihrer Arbeiterhaß nicht ermüden. Deshalb muß es auch hier in Schlesien ein Ende haben mit der Laueheit gegenüber der Amnestieforderung der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Der heldenmütige Kampf unseres Kameraden Max Hoelz soll uns Mahnung und Aufmunterung sein. Max Hoelz ruft! Wir müssen ihm folgen auf dem Weg des Kampfes! Sein Beispiel kann uns Mut und Kraft zum Sturm gegen die Verbrechen der Klassenjustiz geben.

Wer wollte seinen kämpfenden Klassengenossen hinter den Buchtaustauschgittern im Stich lassen?

Es bleibt beim Aufwertungsbeitrag!

Der 25prozentige Aufwertungsbeitrag im Aufwertungsausstoß angenommen

(Eigene Drahtberichte)

Berlin, 1. Juli.
Am gestrigen Dienstag fand die zweite Lesung der Aufwertungsgesetze im Aufwertungsausstoß im Reichstag statt. Die Regierungsparteien hatten einen neuen Kompromißantrag zur Aufwertungsborlage vorgelegt. Dieser Kompromißantrag gibt u. a. dem Schuldner das Recht, eine zehnprozentige Herabsetzung der Aufwertungssumme zu verlangen, wenn seine wirtschaftliche Lage dies erfordert. 1. Restlosgelber sollen nur dann aufgewertet werden, wenn es sich um Gesellschaftsverträge, Güterüberlassungsverträge oder Kaufverträge von Grundstücksverkauf handelt. Im übrigen steht die Regierungsborlage einen Aufwertungsbeitrag von 25 Prozent vor.

Für die kommunistische Partei sprach Genosse Koch. Nachdem er im allgemeinen den an den Aufwertungsgläubigern begangenen Betrug der Regierungsparteien gebührend beflaggt, ging er auf den Kompromißvorschlag der Regierungsparteien ein, der praktisch eine ganz neue Borlage bedeute.

In der Abstimmung wurden die Vorschläge der Regierungsparteien angenommen. Sämtliche Änderungsanträge des Aufwertungsführers Dr. West sowie der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei wurden abgelehnt.

Der Betrug an den Aufwertungsgläubigern damit auch in zweiter Lesung sanktioniert!

Dr. West hält seine Korruptions- anschuldigungen aufrecht!

(Eigener Bericht)

Berlin, 1. Juli.
Der ehemalige deutschnationale Abgeordnete Dr. West, der Führer der Aufwertungsverbände hat bekanntlich gegen die deutschnationalen Abgeordneten Obersöhrren, Dr. Rademacher, Freiherr v. Richthofen und den Generalabgeordneten Dr. Schetter den Vorwurf der persönlichen Korruption in Aufwertungsangelegenheiten erhoben. Wie er jetzt erklärt, hält er trotz ihrer Ablehnungen seine Behauptungen aufrecht und wird gegen die „Kreuzzeitung“, die ihn wegen seines Verhaltens angriff, strafrechtlich vorgehen.

Vom Tage

Gelegentlich der Gründung einer Ortsgruppe des Stahlhelmbundes in Dortmund kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Stahlhelmlisten einerseits und Kommunisten und Reichsbannerleuten andererseits. Die Stahlhelmlisten wurden in die Flucht geschlagen.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni auf 139,3, gegen 135,5 im Vormonat. Der Index hat sich also nach um 2,1 v. H. erhöht.

Im preussischen Landtag sprach Genosse Jendrowski über die Notlage der oberöstlichen Arbeiter.

Zum Stellvertreter des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft, Döfer, wurde in die Stellung des Reichsbahndirektionspräsidenten der Direktor der Reichsbahn a. D. Dörmüller eingesetzt.

Der belgische Metallarbeiterstreik ist heute allgemein. Die Zahl der Streikenden ist auf über 60 000 angewachsen.

Scheit Faib, der Führer des Kurdenaufstandes und weitere 46 kurdische wurden gestern morgen um 2 Uhr in Gegenwart von einigen Tausend Zuschauern aufgehängt.

gegen West habe er beim Reichstag beantragt, die Obersöhrren und Dr. Rademacher die Verantwortung für strafrechtlichen Verfolgung nachzuführen.

Die Enthüllungen des Dr. West werden auch von der demokratischen Partei zum Anlaß genommen, die Korruption der deutschnationalen zu schreiben. Sie wollen nicht vergessen machen, daß noch vor wenigen Wochen die Reichsbahnaffäre und die jetzt erfolgte Wiederaufnahme des ausgesprochenen ehemaligen Reichsbankiers Döfer wegen der die Sozialdemokraten am allerwenigsten Anlaß haben, sich über die Korruption — der an deren zu entrüsten.

Im Kampf gegen die Bucherzelle Ein kommunistischer Antrag im Landtag

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 1. Juli.
Die kommunistische Fraktion stellte im Landtag folgenden Antrag:

„Im Reichsrat am 18. Juni stimmten die Vertreter Preussens mit Ausnahme Berlins, für die Zollborlage. Die Mehrheit der preussischen Vertreter hat somit offen den Brotwincher unterschützt. Dies ist um so schlimmer für ein Land wie Preußen, in dem große Massen nicht einmal so viel verdienen, um sich kümmerlich ernähren zu können.“

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag mißbilligt die Abstimmung der Mehrheit der preussischen Vertreter für die Zollborlage, da diese das Lebensinteresse des preussischen Volkes gefährdet.
2. Das Staatsministerium wird beauftragt die übrigen preussischen Stimmen zu erheben, bei künftigen Abstimmungen im Reichsrat alle Borlagen abzulehnen, die gegen das Interesse der werktätigen Bevölkerung verstoßen.“

Sozialdemokraten fürchten kommunistische Redner

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 1. Juli.

Die SPD und der ADGB hatten in den letzten Tagen in öffentlichen Versammlungen zum Zollkampf Stellung genommen. Die kommunistischen Redner wurden in diesen Versammlungen am Sprechen verhindert. In Neu-Köln wo Bels sprach, kam es zu heftigen Zusammenstößen, da das Reichsbanner sofort losprüllte, als Genosse Höflein sprechen wollte. Crispian hielt eine Rede gegen Sozialrußland. Genossin Ruth Fischer meldete sich daraufhin zum Wort, es wurde ihr aber verweigert. Am Schluß der Versammlung gab es erneut Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und Arbeitern.

Neue Verhandlungen über die Preußenregierung

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 1. Juli.
Raut Bericht der „Post 3tg.“ haben im preussischen Landtag am Montag erneute Verhandlungen zur Bildung einer Regierung der „Volksgemeinschaft“ stattgefunden. Das Zentrum wolle mit aller Energie die Ausbildung des Kabinetts Braun beschleunigen. Die deutschnationalen hätten sich bereit erklärt eben tuell in ein Kabinett hineinzugehen in dem auch die SPD vertreten sei.

Aus einem „sozialisierten“ Betriebe der Dawes-Republik

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

Man sage nicht, daß die SPD grundsätzlich Gegnerin der Sozialisierung wäre. Sie hat in Deutschland seit 1918 in der Theorie und in der Praxis dem Sozialismus treu gedient. Die herrschenden Mächte des Sozialismus, wie diese Herren ihn auffassen, haben in dem Reichsdirekt der deutschen Republik, all die diesen Fabriken und Werke, die die deutsche Republik vom Kaiserreich geerbt hatte, wurden einem neuen Ministerium unterstellt. Es erhielt den poetischen Namen: Reichs-Schab-Ministerium. Der Väter der Schabe Deutschlands war in den Jahren 1921 und 1922 der berühmte Sozialdemokrat Bauer.

Der Barmer Ausschuss des Deutschen Reichstages beschäftigte sich in seinen letzten Sitzungen damit, was aus einer der wichtigsten Staatsfabriken unter der Regierung Bauers von der SPD geworden ist. Es handelt sich um die große staatliche Lebensmittelfabrik in Havelhorst bei Spandau, die dann unter dem Namen „Dema“ (Deutsche Margarine-Werke) eine üble Berühmtheit erlangt hat. In der Havelhorster Fabrik wurden während des Krieges Militärkonserven hergestellt. Nach dem Kriege lag das Werk ohne Zeitlang still. Da beschloß das Ministerium Bauer im Jahre 1922 die Fabrik zur Ehre des deutschen Sozialismus wieder in Gang zu setzen. Herrn Bauer zur Seite standen zwei würdige Regierungsräte: Herr Reimer und Herr Rauh.

Als die drei ausgingen, um die Spandauer Fabrik wieder aufzubauen, führte sie der Wille Gottes nach Bremen. Warum nach Bremen? Das ist dem Verstand gewöhnlicher Sterblicher verschlossen. In Bremen bestand ein Bankhaus namens Schröder, und dieser Bankfirma gehörte eine kleine Margarinefabrik, genannt Brema. Das Reichs-Schab-Ministerium beschloß nun in seiner tiefen Weisheit, das Spandauer Werk mit der Brema zu verschmelzen, und so entstand die neue Dema als gemischter Betrieb. Die Aktien gehörten zum Teil dem Reich, zum Teil der Bremer Firma Schröder.

Das Spandauer Reichsunternehmen war unendlich wertvoller als die kleine Fabrik in Bremen. Aber als die Aktien des neuen großen Unternehmens Dema (so nannte man die Gesellschaft nach der Fusion) verkauft wurden, da begab es sich, daß die Schröder-Bank zwei Fünftel erhielt und das Reich drei Fünftel. Warum in diesem Verhältnis verteilt wurde, das weiß auch Gott allein. Einige Zeit darnach verpartei Regierungsrat Reimer den Drang, aus dem Staatsdienst auszuschiden. Und wieder zeigte sich Gottes Finger in dieser Angelegenheit: Herr Reimer trat nämlich in die Leitung der Schröder-Bank.

Als die Dema in der neuen Gestalt einige Monate existiert hatte, stellte sich plötzlich heraus, daß sie kein Geld habe. Rauh und Reimer gingen zum Minister Bauer und klagten ihm ihr Leid. Darauf sagte ihnen Bauer, er könne einen reichen Hofländer mit vielem Geld und dieser werde die Dema retten. Er werde ihr Margarine-Rohstoffe liefern und Dresden und so werde wieder alles gut werden. Auf diese Art brachte Bauer Herrn Barman in die Dema hinein. „Genosse“ Julius Barman betrat die Fabrik ebenfalls an dem Unternehmen. Aus war der „Sozialismus“, was die deutsche Margarineerzeugung betraf, erledigt.

Einige Zeit danach begab es sich, daß Regierungsrat Rauh es nicht mehr im Staatsdienst aushalten konnte und durch Gottes Fügung trat er in den Barmer Rangern ein.

Was machte Barman mit der Dema? Er beschwerte sie nicht mit Pfandbriefen, sondern mit Wasser. Aus der Margarine-Lieferung an groß wurde der Betrieb fauler Wäsche an groß. Auf Befehl Bauers erhielt die Dema ein Reichsbankkonto und unter Betrug dieser Reichsbank wurde Barman keine eigenen Wäsche immer. Außerdem verlangte Barman von der Dema für seine Desinfektoren so wachsende hohe Zinsen, daß die Dema bald wieder dem Zusammenbruch nahe war.

Machte Straßbe der „Sozialisierung“: Barman nimmt 600 Dema-Aktien und übergibt davon 300 an Bauer und 300 an Rauh. Vor dem Reichstagesausschuß hat Bauer zugestanden, daß er diese Dema-Aktien noch heute besitzt, aber durch den Barman-Kraus sind sie völlig verloren worden. Barman hat Betrüger!

Sozialismus der „Sozialisierung“: Das Spandauer Werk steht im Namen der deutschen Republik nicht der Schröder-Bank und Julius Barman ein Generaldirektor Lohm ein. Herr Lohm wirkt zunächst die Betriebsräte auf die Straße und richte in dem „sozialisierten“ Betriebe eine wahre Partnerschaft auf. Da er außerdem einige recht genaue Verträge abgeschlossen machte, mußte er schließlich vor der Dema entlassen werden.

Als Barman von der Dema genug „Schab“ abgeholt hatte, nahm er seine Wäsche und Dresden und ließ die Fabrik in Stich. Rauh und Reimer waren ebenfalls schon demangegangen, so daß Bauer auf dem Ruin der Gesellschaft allein zurückblieb. Als der Barman-Kraus zu Anfang dieses Jahres ans Tageslicht kam, lag die Dema bereits in Toteshandeln.

Die SPD-Presse spekuliert heute bereits darauf auf die Grobartigheit des Publikums, daß sie ihren Barman als Märtyrer und Helden darzustellen wollen. Die SPD wird es aber nicht zulassen, daß diese unehrlichen Menschen das „Genosse“ Julius Barman und seiner Partei verurteilt oder verurteilt werden. Die deutschen Arbeiter, denen in der schändlichen Inflationstakt die deutsche Margarine durch die Barman-Kraus noch unerschwinglicher wurde, werden und sollen die Geschichte der Dema nicht vergessen.

Barman-Bauer wieder in der SPD

Eigener Drahtbericht

Berlin, 1. Juli

Das Schiedsgericht der SPD gegen den Reichsminister Bauer hat heute folgenden Beschluß:

Der durch Beschluß des Schiedsgerichts des Reiches Er-

Berlin ausgetragene Ausschluß des Genossen Bauer wird als ungerechtfertigt aufgehoben. Die Voraussetzungen des § 28 des Organisationsstatuts vorliegen.

Warum auch nicht? Barman ist Ehrenmitglied der SPD und Bauer ist nur sehr Prophet. Die sozialdemokratischen Arbeiter lassen sich ja auch alle Provokationen gefallen und schließlich: je mehr Aktionäre, je eher der Sozialismus.

Streik der Bauarbeiter?

Eigener Drahtbericht

Chemnitz, 1. Juli

Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter sprach sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung für den Streik aus. Der Verband der Bauarbeiter und der Zimmerer unterstützen ebenfalls den Kampf. Somit ist diesmal die gewerkschaftliche Einheit gegen die Unternehmer hergestellt.

Klassenbewußte Genossenschaftsmitglieder!

Benutzt die Veranstaltungen in der bis zum 5. Juli stattfindenden Genossenschaftswoche zum Kampf für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen. Sammel in allen Kundgebungen und Veranstaltungen zum Internationalen Genossenschaftstags Unterschriften für die Bitte der Roten Hilfe für die Ballamnestie und stellt überall die Forderung auf Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Was soll unsere Genossenschaftswoche?

Die Zentrale hat vom 29. Juni bis 4. Juli eine Genossenschaftswoche angelegt. Zum ersten Male verlangt die Zentrale, daß von der Gesamtpartei während einer Woche die Genossenschaftsarbeit in den Vordergrund der Parteiarbeit gestellt werden soll.

Die fast 12 Millionen Mitglieder zählenden Arbeiterkonsumvereine werden heute durch die Genossenschaftsbürokratie der Bourgeoisie zu ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt. Die Genossenschaftsbürokratie hat die Genossenschaften der Arbeiterklasse entfremdet und hat durch die Abtötung allen Lebens innerhalb der Konsumvereine erhebliche Teile der Arbeiterschaft an den Konsumvereinen interesselos gemacht. Die Genossenschaften haben auch in dem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse mit billigeren und guten Bedarfsgegenständen vor dem kapitalistischen Handel, Kapitalisten und beschränken sich heute lediglich auf einen geschäftlichen Konkurrenzkampf.

Die SPD kann deshalb nicht länger zusehen, daß die Genossenschaftsbürokratie die 12 Millionen Genossenschaftsmitglieder, 1200 Konsumvereine, viele Verteilungstellen, große eigene Fabriken, große Fuhrparks usw. — alles, was die Genossenschaftsmitglieder in schwerer mühseliger Kleinarbeit aufgebaut haben — heute unseren Klassengegnern zur Verfügung stellen. Die Genossenschaftswoche ist angelegt, um die jahrelange Mühsucht und Bernachlässigung der kommunistischen Genossenschaftsvereine aus den Parteimitgliedern herauszuführen und überall die Grundlage für eine erfolgreiche Fraktionsarbeit auch in den Konsumvereinen zu schaffen. Anlässlich des Dritten internationalen Genossenschaftstages am 4. Juli soll die Partei energische Arbeit in den Konsumvereinen leisten, um in der Masse die Millionen der Genossenschaftsreformisten zu zerstören und die Millionen proletarischer Genossenschaftsmitglieder für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

Es ist deshalb in der Genossenschaftswoche sowohl innerhalb der Partei als auch unter den Konsumvereinsmitgliedern und der gesamten Arbeiterschaft eine ernste Arbeit zu leisten. In den Konsumvereinen, Gewerkschaften und allen anderen Versammlungen in eigenen öffentlichen Volksversammlungen der Partei muß die kommunistische Genossenschaftsarbeit behandelt werden. Bei unserer Arbeit müssen die Abwehrmaßnahmen gegen die Schabkollaborateure der Bourgeoisie — die Fragen in der „Offenen Adresse an den Bundesvorstand des AOB“ gelten auch für die Genossenschaftsreformisten — der Kampf für die Vollamnestie der Genossenschaftstagen in Stuttgart und der internationalen Genossenschaftstages am 4. Juli im Vordergrund stehen.

Nach der Genossenschaftswoche darf es keinen Kommunisten mehr geben. Der nicht Konsumvereinsmitglied ist und keine Ortsgruppe der Partei, wo es nicht eine wirklich arbeitende Genossenschaftsfraktion gibt. Es muß uns auch jetzt schon gelingen, eine Anzahl Arbeiterkonsumvereine in den Kampf für die Abwehr der Schabkollaborateure und die Vollamnestie einzubeziehen.

Mit diesem Geschwändeschritt kommen wir nicht mit Theodor Wolff über Audi Breitscheid

In „Berliner Tageblatt“ (29. Juni Abendausgabe) schreibt Theodor Wolff einen „bedauerlichen“ Artikel zum Ehrenvertrag und Volkskammervertrag, in dem er auch auf den fünfjährigen Krieg mit England und die sich im übrigen mit Breitscheid's „Vorwärts“-Artikel auseinandersetzt. Zunächst erklärt der demokratische Wolff sich mit dem sozialdemokratischen „Diplomaten“ ganz einig, worauf er fortfährt:

Kein, so antworten wir Kommunisten mit Zug und Recht Breitscheid hat nicht den Wunsch, sich selber, sondern die Arbeiterschaft einzufallen, und schließlich auf Krieg deutende Resolutionen über Breitscheid so gut wie wir.

Aber dann trennen sich die Wege, denn Herr Dr. Breitscheid will unter allen Umständen nach Genf zum Bällerkonferenz wandern. Auch der Artikel 16 der Parochmarisch-artikel heisst nicht seinen Geschwändeschritt, und da Tommea wir nicht mit Breitscheid meint, dieser Artikel sei „praktisch“ im Verhältnis zu allen anderen nur von untergeordneter Bedeutung, und im übrigen bringt ja ein Bundesmitglied der Durchgang von Gruppen aus dann zu gestalten, „wenn es selbst keine Voranmeldung für gegeben hat“. Folgt er nicht jetzt... in der Politik gefährlichen Bewegung, vom Breitscheid einfallen zu lassen und einige Realitäten zu überlegen.

Wichtige China-Rundgebung in Chemnitz

(Eigener Drahtbericht)

Chemnitz, 1. Juli

Die von der SPD einberufene China-Rundgebung war von 12.000 Menschen besucht. Eine vorartige Massenbeteiligung hat bisher noch keine Partei in Chemnitz zu verzeichnen gehabt. Es sprachen ein chinesischer Genosse, Will Mänsberg und der Marzall von einer Chinesin zurückgekehrte schärfste Landtagsabgeordnete Genosse Dr. Schmidt. Am Schlusse der Versammlung bewegte sich ein riesiger Demonstrationszug mit roten Fahnen durch die Stadt. An der Spitze desselben marschierte die Kapelle des „Roten Frontkämpferbundes“, an den Straßen standen große Zuschauermengen.

Neuerall bolschewistischer Vorkrieg

London, 30. Juni

Der Daily Telegraph richtet die Aufmerksamkeit des Außenministers Chamberlain auf die Tatsache, daß der Bürgermeister von Poplar bei der Begrüßung eines Besuches von 20 Mitgliedern einer Sowjetdelegation die Forderung ausgedrückt habe, eines Tages möge die rote Fahne in Poplar gehißt werden, das einst das Zentrum der ersten Arbeiterrepublik in England werden würde. Poplar ist ein hauptsächlich von Arbeitern — zumal Dockarbeitern — dicht besiedelter Stadtteil nördlich von den West-India-Docks. Seine Einwohnerzahl beläuft sich auf über 300000 Menschen.

Antimperialistische Agitation in Persien

London, 30. Juni

Die antimperialistische Bewegung in Persien nimmt lautstark zu. Die Lage wird von den Engländern als außerst ernst bezeichnet. Die bolschewistische Agitation soll in den letzten Monaten zugenommen haben, so daß man die Einreise von Russen verhindern will.

Wachsender Kluft in Ungarn

Budapest, 1. Juli

Die Volksgruppe nahm den Führer der neugegründeten oppositionellen Sozialistenpartei, Bagt und dreißig seiner Genossen in Gewahrsam, da anlässlich einer Hausdurchsuchung sich Beweismomente (!) ergeben haben, daß sie mit ausländischen Bolschewisten in Verbindung stehen.

Schweres Erdbeben in Kalifornien Santa Barbara unter Wasser

Newport, 30. Juni

Der Staat Kalifornien wurde am 29. von einem Erdbeben heimgesucht, das im südlichen Teil ungeheuren Sachschaden anrichtete. In Los Angeles dauerte der erste Erdstoß 30 Sekunden und war von großer Heftigkeit. Ihm folgten zwei weitere von ähnlicher Dauer. Der bekannte Badeort Santa Barbara wurde am schwersten betroffen. Durch einen Dambruch wurde fast die ganze Stadt unter Wasser gesetzt. Viele Häuser wurden zerstört, viele hundert Personen wurden verletzt. Die Stadt ist von allem Verkehr abgeschnitten. Ein sofort abgelassener Hilfszug ist unterwegs Keden geblieben. Darauf entlief die das rote Kreuz mehrere Flugzeuge mit Rettungsmannschaften und Verbandskasten.

Nach Los Angeles heimgeführt Kriegsstaat erklärt

Newport, 30. Juni

Das Erdbeben, das am Sonntag die Grafschaft (county) Santa Barbara in südlichen Kalifornien heimgesucht hat, hat sich Montag früh auch auf die südwestlich der Stadt Santa Barbara gelegene Großstadt Los Angeles ausgebreitet. Mehrere Gebäude schwankten über eine Minute lang, doch wurde nach den bisher vorliegenden Meldungen kein Schaden angerichtet. Das Erdbeben war außerdem in einigen Ortschaften in der unmittelbaren Umgebung von Los Angeles zu spüren. In der Stadt Santa Barbara selbst sind entgegen den ersten Meldungen, die von 65 Todesopfern sprachen, bisher nur 12 Tote festgestellt worden.

Der Sachschaden ist außerordentlich groß. Zahlreiche Gebäude, darunter das Arlington-Hotel sind eingestürzt; der sogenannte „Gibraltar-Damm“ und ein Teil der städtischen Wasserwerke sind zerstört, so daß die Stadt mit Wasser überflutet ist. Ein Hotel wurde förmlich in zwei Teile auseinandergerissen, zwei Krankenhäuser innerhalb weniger Sekunden dem Erdboden gleich gemacht.

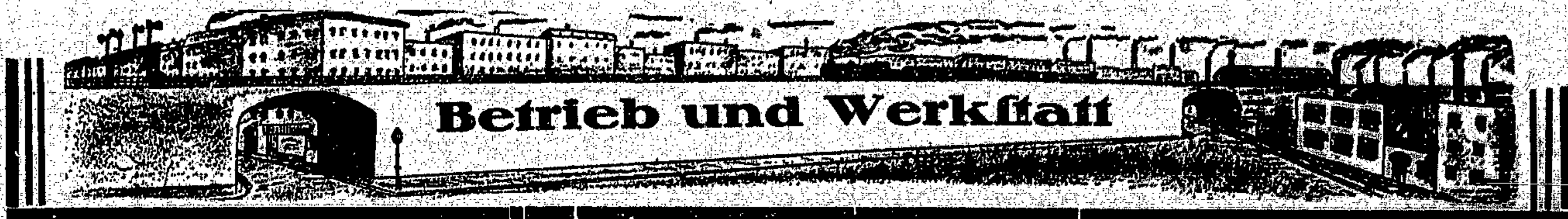
Der Bewohner bemächtigte sich begreiflicherweise eine wilde Panik, die sich in unaufhörlichen Schredensrufen äußerte. Die Menschen irrten wie Wahninnige in den mit Trümmern bedeckten Straßen umher. Sämtliche Opfer gehören den wohlhabenden Kreisen der Bevölkerung an. Der Kriegsstaat ist schließlich erklärt worden.

Erdlöcher auch in Montana

Vor dem Erdbeben in Los Angeles waren auch schwere Erdlöcher im Staate Montana zu verzeichnen, die zur Zeit, da dieses Telegramm abgeht, noch andauern. Es verlautete, daß die reichen Ergruben des Staates gefährdet seien; auf diese Nachricht hin sanken die Aktien der Montana-Werke stark an der Börse, erholten sich jedoch später, als gemeldet wurde, die Nachrichten über die Gefährdung der Bergwerke seien übertrieben gewesen.

Die Grafschaft Santa Barbara mit dem landschaftlich berühmten Barbara-Tal erstreckt sich südlich von San Francisco bis Los Angeles. Die Eisenbahnstrecken durchfährt dieses Gebiet, das die „Kalifornische Riviera“ genannt wird. Der am meisten betroffene Kurort Santa Barbara, das „amerikanische Mentone“, ist einer der Bergnugsorte der reichsten Amerikaner, vor allem der Gutes-Besitzer, da in dem „Channel Santa Barbara“ ein sehr gutes Segelwasser ist. Das größte Hotel von Santa Barbara, „The Potter“, in ganz Amerika bekannt, scheint unbeschädigt geblieben zu sein.

Marx Goetz mahnt: Erlahmt nicht im Kampfe um die Amnestie Organisiert den Millionenprotest



Betrieb und Werkstatt

Hausstarife, ein neuer Gannertid der Unternehmer

Heinrichsgrube Beuthen O.S.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Die Verwaltung obengenannter Grube lehnte die siebenprozentige Lohnzulage ab, wegen angeblich schlechten Geschäftsganges. ...

Ferner teilt die Verwaltung dem Arbeiterrat mit, daß sie gewillt ist, mit ihm einen Hausstarif abzuschließen. ...

Resolution von der Arbeiterratsitzung vom 18. Juni 1925.

Der Arbeiterrat der Heinichsgrube erkennt in dem Vorgehen der Verwaltung der Heinichsgrube eine bewußte Sabotage des Tarifvertrages...

Der Arbeiterrat weiß es wohl, daß während der Revolution die Unternehmer als die ersten nach der Arbeitsgemeinschaft...

Wir organisierten Arbeiterräte halten fest zu unseren Organisationen und werden uns aus schärfste dagegen verwahren...

Ferner erblickt der Arbeiterrat in betreff der siebenprozentigen Lohnhöhung ein wahres arbeitereindliches Verbrechen...

Arbeiterrat der Heinichsgrube Beuthen O.S.

gez. Kempinski, gez. Schweda, gez. Blaschki, gez. Städte, gez. Duff, gez. Jülich, gez. Bonzel, gez. Grab, gez. Auer, gez. Ehrlich, gez. Eichen, gez. Winkler, gez. Tomsha.

Entschließung.

Die am 19. Juni d. J. versammelte Belegschaft im Zechenhaus der Heinichsgrube nimmt Kenntnis vom Betriebsratsvorschlag...

1. Der Arbeiterrat der Heinichsgrube steht auf dem Standpunkt, daß der alte Tarifvertrag mit der Heinichsgrube...

2. Gemäß § 78 Ziffer 2 des Betriebsratsgesetzes hat der Arbeiterrat nur dann die Aufgabe, bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken...

Die Belegschaft der Heinichsgrube sieht in dem Vorgehen der Heinichsgrube eine Sabotage der Arbeitsrechte und einen Versuch, sich von jeglichen Verträgen loszulösen...

Die Belegschaft der Heinichsgrube lehnt jegliche Verträge mit einer Kommission ab, da diese gesetzlich unzulässig sind und dem Betriebsratsgesetz widersprechen...

Wie christliche Funktionäre gegen andersgefinnte Arbeiter vorgehen

Delbrückschacht

(Von unserm Betriebsberichterstatler.)

Da wir seit langer Zeit von den Delbrückschächten nichts mehr hören, da unser alter Berichterstatler aus Straßensplatter geworfen, dafür aber wieder ein neuer geboren wurde...

Ein Aufseher von Gottes Gnaden, der überhaupt bis jetzt noch keine Häuerarbeit verrichtet hat, namens Profscha, der viel Wert auf die Nächstenliebe legt, erlaubt sich gegenüber einem...

Saganer Textilindustrie

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Die Lage der Saganer Textilarbeiter wird von Tag zu Tag schlechter. Schon lange vor Pfingsten wurde nur 3 Tage die Woche gearbeitet. Die Hoffnung, nach Pfingsten länger arbeiten zu können, ist zu Wasser geworden...

Gewerkschaft

Der Bundesauschuh des IIOB. zur Frage der Industrieorganisation

Die vor kurzem stattgefundenen Bundesauschuhung beschäftigte sich, nachdem sie die famose Kundgebung, in der die monarchistische Aufregung um Schutz und Bestand gegen die Unternehmerröfenschaft angeführt war...

Die Anhänger der Industriebünde haben dem Ausschuh einen von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Dismann, ausgearbeiteten Plan vorgelegt...

Dieser Auffassung widerspricht eine zweite Gruppe, die eine Organisationsumformung der Gewerkschaften im Sinne des Leipziger Beschlusses nicht für sachlich notwendig hält...

Eine dritte Gruppe hält zwar auch die zwangsweise Durchführung des Neuaufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie erkennt doch im Gegenfall zu der zweiten Gruppe die grundsätzliche Richtigkeit der im Leipziger Beschlusse zugrunde liegenden Auffassung...

Der Bundesvorstand hat zu der Organisationsfrage erst Stellung nehmen können, als Ende der vergangenen Woche das Ergebnis der Beratungen der Kommission vorlag...

Das heißt also, daß der Bundesvorstand des IIOB. jeden Fortschritt in der Richtung der Zusammenfassung der Berufsgruppen zu Industrieorganisationen verhindern will...

Sozialdemokratische Funktionäre gegen die Amnestie!

Firma Albert Hamburger, Landeshut

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Ob es für Dummheit eine Annel, so wäre es notwendig, daß sich, Fel. Martha Erlebach, Funktionärin der SPD, eine Dosis verschreiben ließ. Ihr Auftreten im Betriebe kann man nur ihrer Dummheit zuschreiben...

Ein feiner Lehrmeister

Bauhelle Rudolf Scheife, Breslau

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Ein feiner Lehrmeister ist der oben Genannte. Statt seinen Lehrling auszubilden, mißt er ihn für schwere Arbeiten aus und schlägt ihn derb ins Gesicht, wenn er etwas falsch macht...

der noch völlig ungenügende Vorschlag, des Deutschen Metallarbeiterverbandes soll abgewürgt werden. Es ist nun abzuwarten, was der Deutsche Metallarbeiterverband, die größte freie Gewerkschaft...

Entlarvte Lügner des IIOB.

Ein Eisenbahner schreibt uns:

In Nr. 25 der Gewerkschaftszeitung vom 20. Juni benutzt ein Oberboze des IIOB. einige Spalten, um der oppositionellen Eisenbahnerbewegung, insbesondere den Kommunisten, in ganz infamer Weise etwas auszuwickeln. Ich habe mich, als ich die Zeitung in die Hand bekam, sofort andern Tags mit einigen Kollegen auf dem Werkstättenamt Schweidnitz über den Artikel 'Betriebsrätewahlen' unterhalten...

Genossen! Arbeiter! Sammelt im Betriebe Unterschriften für Vollamnestie!

